

## **Isolationshaft der Wissenschaft im Krieg**

Den Anfang machten die Russ:innen; russische Wissenschaftler:innen, um genau zu sein. Mehrere tausend von ihnen unterzeichneten bis heute auf der Plattform trv-science.ru einen offenen Brief, der ein Ende der kriegerischen Handlungen in der Ukraine einfordert. Die Wissenschaftler:innen, darunter fast hundert Mitglieder der Russischen Akademie der Wissenschaften, sehen ausschließlich bei ihrer Nation die Verantwortung für einen Krieg, der historiosophisch herbeiphantasiert und deshalb unmöglich vernünftig zu rechtfertigen sei. Ihnen ist klar, dass jeder Angriff russischer Streitkräfte eine Beschränkung ihrer Forschung bedeutet und so der russischen Kultur irreparable Kollateralschäden beibringt.

Fast so mutig geriert sich die Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen. Deren Verurteilung des russischen Waffengangs ist allerdings nur deshalb mutig, weil die ständische Repräsentation institutionalisierter Wissenschaft in Deutschland so wenig mit einem allgemeinen politischen Mandat ausgestattet sein dürfte wie die Allgemeinen Studierendenausschüsse (ASten) an deutschen Universitäten, denen eben dies regelmäßig gerichtlich unter die Nase gerieben wird, zuletzt 2021 vom Verwaltungsgericht Frankfurt. Da braucht es schon das Pathos eines Angriffs auf die Wissenschaftsfreiheit, um den von der Allianz empfohlenen Maßnahmen das Mäntelchen der politischen Legitimation umzuhängen. Als Gegenschlag empfehlen DFG & Co., sämtliche wissenschaftliche Kooperationen mit russischer Beteiligung, seien sie nun staatlich oder privatwirtschaftlich, einzufrieren und neue Kooperationen erst gar nicht einzugehen. Ab sofort sollen zugesagte Fördermittel einbehalten und gemeinsame Forschungsprojekte oder Veranstaltungen abgesagt werden. Man liest zwischen den Zeilen: Hier will jemand auf Teufel komm raus beim Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit mitmischen. Weil dieser Widerspruch so offensichtlich auf der Hand liegt, schickt die Allianz gleich noch ihr großes Bedauern für die eigenen Empfehlungen hinterher, ähnlich einem Heckenschützen mit Trauerflor ums Zielfernrohr.

Ganz vorbei wäre es mit der Wissenschaftsfreiheit, würde man der Forderung nach einem vollumfänglichen Boykott der Wissenschaft Russlands nachgeben, die 130 ukrainische Wissenschaftler:innen an die Europäische Gemeinschaft gerichtet haben. Ihnen genügt es nicht, ihre russischen Kolleg:innen aus internationalen Teams entfernt zu wissen und sie aus Genf (CERN), Heidelberg (EMBL) oder Saint-Paul-lès-

Durance (ITER) ausgewiesen zu sehen. Nein, Forscher:innen aus Moskau, Petersburg, Nowosibirsk, Wladiwostok oder Kasan müsse den Ukrainer:innen zufolge auch das Publizieren in westlichen Zeitschriften verboten werden. Warum also nicht gleich beim Peer Review die moralische Integrität aller Autor:innen mitprüfen, zumal den betroffenen Russ:innen mangels Nachweis nicht vorgeworfen werden kann, direkt oder indirekt am Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine beteiligt gewesen zu sein. Als wäre der Krieg nicht schon Schaden genug für die Wissenschaft, risse man mit solcherlei persönlich-punitiven Forderungen ihr auch noch institutionell tragende Stützen ein.

Wenn daher die Wissenschaftsorganisationen auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine reagieren wollen, dann sollten sie gegen die Isolation der Forschenden auf beiden Seiten, der ukrainischen und der russischen, hinwirken- also gerade das Gegenteil dessen tun, was in ihren Empfehlungen steht. Die taugen, würde man ihnen nachkommen, noch nicht einmal zur Vergeltung, weil sie die Wissenschaft im Ganzen ins Visier nehmen und folglich der Wissenschaft auch in Deutschland schaden; insofern wirkten sie, das wissen DFG, Helmholtz-Gesellschaft oder MPG selbst nur zu gut, eher kontraproduktiv. Aber auch politisch gilt: Die Idee der Demokratie benötigt bei demokratisch nicht legitimierter Gewaltanwendung nichts nötiger als Zivilcourage. Die wird man ohne jeden Widerspruch denen angedeihen lassen, die in der Ukraine eine Mitverantwortung der Ukraine behaupten oder in Russland die gesamte Verantwortung Russland zuschreiben; seien sie nun Wissenschaftler:innen oder nicht. Eine Demokratie, die Bestand haben will, muss unpopuläre Widersprüche aushalten können. Das könnte der Staat von der Wissenschaft lernen. Und nicht umgekehrt.